

Die Organisation des Politischen

Pierre Rosanvillons Begriff der „Gegen-Demokratie“ und die Krise der Demokratie

*Felix Heidenreich**

Schlüsselwörter: Gegen-Demokratie, Republikanismus, Vertrauen, Politische Repräsentation, Krise der Demokratie

Abstract: In vielen demokratischen Staaten scheint eine Krise, ja vielleicht sogar eine Erosion der Demokratie zu beobachten zu sein. Gerade das in populistischen Bewegungen ausgeprägte Misstrauen gegenüber Eliten ist jedoch demokratiethoretisch ambivalent. In seiner Monographie über die „Gegen-Demokratie“ entfaltet Rosanvallon eine Analyse dieser Ambivalenz von Praktiken und Institutionen, die den Bürgerinnen und Bürgern in Demokratien die Möglichkeit geben durch Überwachung, Verhinderung und Klage Einfluss zu nehmen. Diese Versuche der politischen Einflussnahme auf jene Formen repräsentativer Politik, die sich durch Wahlen legitimieren, sind nach Rosanvallon genuiner Bestandteil von Demokratie. Sie bilden immer schon Formen aus und tragen dazu bei, den Prozess des Politischen zu organisieren. Im Falle pathologischer Übersteigerung entwickeln sich „gegen-demokratische“ Praktiken zur populistischen Gefährdung der Demokratie, insofern sie das Prinzip der Repräsentation und der Gewaltenteilung in Frage stellen. Welche Konsequenzen ergeben sich im Einzelnen aus Rosanvillons Analyse für die Organisation des Politischen, vor allem im Vergleich zu der von John Keane unter dem Titel der „monitory democracy“ angestellten Analyse? Im Gegensatz zu Rosanvallon ließe sich am Beispiel politischer Parteien zeigen, dass in diesen vermittelnden Institutionen „Demokratie“ und „Gegen-Demokratie“ immer schon ineinander verwoben sind. Ob eine Formgebung gelingt, die diese Konflikte in produktive Bahnen lenkt, hängt wesentlich von der juristisch definierten Rahmensetzung ab. Rosanvillons neuste Vorschläge zur Etablierung neuer Institutionen zur Überwachung von politischen Repräsentanten sind vor diesem Hintergrund wenig überzeugend.

Abstract: In many democratic states a crisis or even an erosion of democracy seems to be taking place. The intense mistrust towards political elites, which is a core element of populist movements, is however ambivalent concerning its democratic character. In his book on “Counter-Democracy”, Rosanvallon unfolds an analysis of this ambivalence. He reconstructs the practices and institutions which allow citizens in democratic regimes to gain political influence distinguishing the three elements oversight, prevention and judgement. These attempts to counter the classical forms of political power legitimized by elections are, Rosanvallon claims, a core-element of democracy. These practices of counter-democracy tend to take specific forms and thereby help to organize the process of the political. Only when they are used in an exaggerated and pathological way, can these counter-democratic practices turn into populism and threaten democracy by questioning political representation in general or the separation of powers. What exactly are the consequences of Rosanvallon’s analysis of the organisation of the political, compared in particular to what John Keane discusses as “monitory democracy”? In contrast to Rosanvallon’s own view, political parties could serve as an example to demonstrate that “democracy” and “counter-democracy” are always intertwined. The laws which define the modus operandi of

* Dr. Felix Heidenreich, Universität Stuttgart
Kontakt: felix.heidenreich@izkt.uni-stuttgart.de

political parties are decisive in order to make sure that this conflict can be given a productive form. Therefore, Rosanvallon's most recent propositions concerning new institutions which are meant to allow citizens an even closer surveillance of political representatives, are not convincing.

1. Einleitung

Immer schon war die Regierungs- und Gesellschaftsform der Demokratie gefährdet und die Diskussionen über ihre Bedrohungen (Brodocz/Llanque/Schaal 2008) und ihre Zukunftsfähigkeit (Höffe 2009; Della Porta 2013) begleiten sie stetig. In der aktuellen Debatte über eine mögliche Krise der Demokratie (Merkel 2015a) oder das mögliche Ende repräsentativer Verfahren (Alonso/Keane/Merkel 2011) wird jedoch ein ganzes Spektrum von Entwicklungen benannt, die vor allem die Voraussetzungen von Demokratie betreffen und in ihrer Wechselwirkung deutlich machen, dass sich die Diagnose einer „Krise der Demokratie“ nicht einfach als Täuschung abtun lässt, die ausschließlich durch den Vergleich mit einem idealisierten „goldenen Zeitalter“ der Demokratie entsteht. Wolfgang Merkel benennt in seiner auf dem Konzept der „embedded democracy“ (Merkel 2004) basierenden Analyse die wachsende sozio-ökonomische Ungleichheit, die Globalisierung und mit ihr verbundene Deregulierung der Finanzmärkte, die Europäisierung sowie den Wandel der großen Parteien als zentrale Krisenfaktoren (Merkel 2015a). Er kommt zu dem Ergebnis, dass weniger eine „Krise“ als vielmehr eine „Erosion“ der Demokratie zu beobachten sei, weil zentrale soziale Voraussetzungen bedroht seien (Merkel 2015b: 490). Mit dieser Differenzierung wird vor pauschalisierenden Krisendiagnosen gewarnt, die fälschlicherweise die Ununterscheidbarkeit von Parteien oder das bloße Desinteresse der Bürger konstatieren. Zu Recht wird von Wolfgang Merkel die bestehende Funktionsfähigkeit und normative Begründbarkeit freier, gleicher und geheimer Wahlen betont. Während *Krisen* jedoch *per definitionem* auf einen Entscheidungspunkt zulaufen, könnte ein Prozess der *Erosion* gerade deshalb gefährlich sein, weil er keine eindeutig benennbaren *tipping-points* kennt und daher schleichend und unbemerkt erfolgen kann. Auch wer statt von einer *Krise* eher von einer *Erosion* der Demokratie spricht, stellt folglich eine dramatische Diagnose.¹

Ein Element dieses Erosionsprozesses ist das als gestört empfundene Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und politischen Repräsentanten und Eliten andererseits. Zu den im deutschen Sprachraum noch kaum diskutierten demokratietheoretischen Schriften Pierre Rosanvillons gehört seine umfangreiche Monographie über die „Gegen-Demokratie“ aus dem Jahr 2006, die sich genau diesem Verhältnis widmet und analog zu John Keanes Begriff der „monitory democracy“ ein eigenes begriffliches Instrumentarium entwickelt, um dieses Verhältnis zu analysieren.²

Nun steht die deutschsprachige Auseinandersetzung mit Rosanvallon am Anfang.³ Dennoch ist das Schweigen zum Begriff der „Gegen-Demokratie“ umso erstaunlicher, als

1 Wolfgang Merkel stellte 2015 noch fest: „Rechtspopulistische Parteien wie in der Schweiz, Österreich, Skandinavien oder Frankreich sind normativ problematisch, aber sie haben weder die Kraft noch den programmatischen Willen, die Demokratie zu zerstören“ (Merkel 2015b: 492). Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Polen, der Türkei und Ungarn wird man diese Einschätzung hinterfragen müssen.

2 Ich zitiere im Folgenden die Ausgabe Paris 2006, zitiert als „CD“ mit Seitenzahl. Übersetzungen ins Deutsche sind meine eigenen.

3 Ausnahmen: Weymans (2004; 2006), Diehl/Schulz (2012), Schulz (2015: 178–197). Auch seine hochinteressanten und leicht auf Deutsch zugänglichen Analysen zum Ideal der Unparteilichkeit haben nur wenig Reaktionen provoziert, vgl. Rosanvallon (2013).

gerade dieses Werk ein internationales Echo provoziert hat (Vgl. z. B. Schmitter/Porter/Warren 2010; Dahlgren 2012; Della Porta 2012), das nach Erscheinen der englischsprachigen Ausgabe bei Cambridge University Press 2008 vermutlich anhalten wird, auch wenn erste Analysen der anglo-amerikanischen Rezeption Rosanvillons den Verdacht formulieren (ohne sich diesen zu eigen zu machen), die liberale Verteidigung der Zivilgesellschaft durch Rosanvillon sei für den englischsprachigen Raum zu wenig originell um auf großes Interesse zu stoßen (Moyn 2015).⁴

Ein weiterer möglicher Grund für diese Zurückhaltung mag in Rosanvillons außergewöhnlicher Methode liegen. Völlig zu Recht haben Paula Diehl und Daniel Schulz Rosanvillons historisch argumentierenden Ansatz gegen eine „konstruktive“ Herleitung und Begründung idealer Entwürfe abgegrenzt (Diehl/Schulz 2012: 287). In der Tat operiert Rosanvillon im weitesten Sinne *rekonstruktiv*: Aus der historischen Analyse erfolgreicher Institutionen und Praktiken sollen sich erfahrungsgesättigte Argumente für eine Fortentwicklung der Demokratie ergeben. Auch im Falle seiner großen Monographie über die „Gegen-Demokratie“ erschließt sich die Argumentation daher erst im Durchgang durch das Material.

Die systematische Pointe dieses Vorgehens wird jedoch – vor allem in der Einleitung und im Schluss – durchaus benannt: Es geht Rosanvillon darum, die Krise der repräsentativen Demokratie produktiv verständlich zu machen, ohne sich der Hoffnung hinzugeben, diese Malaise sei einfach überwindbar. In diesem Sinne muss Rosanvillons Analyse auch als ein Beitrag zur Desillusionierung überzogener Erwartungen und Hoffnungen verstanden werden, die an die Demokratie vor allem bezogen auf eine verzerrungs- und verlustfreie Repräsentation immer wieder gestellt werden.⁵ Auch für Rosanvillon gilt, dass die Frage nach der Ausgestaltung von Demokratie und „Gegen-Demokratie“ immer nur eine Wahl zwischen Optionen sein kann, die je spezifische Lösungsstrategien verfolgen, damit aber immer auch spezifische Probleme hervorbringen. Daher plädiert Rosanvillon auch nicht naiv für einen Ausbau gegen-demokratischer Verfahren, wie bisweilen behauptet wird. Vielmehr geht es zunächst darum, gegen-demokratische Institutionen und Praktiken als solche benennbar und analysierbar zu machen.

Die Tatsache, dass Rosanvillons für die systematische Politische Theorie im engeren Sinne bedeutsamen Begriffsbildungen bisweilen in der Fülle des Materials verloren zu gehen drohen, mag zur zögerlichen Rezeption beigetragen haben. Anders als bei Foucault, Blumenberg, Luhmann oder Charles Taylor werden Rosanvillons primär historisch anmutende Studien kaum durch methodische oder programmatische Texte ergänzt. Lediglich einige Interviews, vor allem das umfangreiche Gespräch in *Esprit* von 1995 und die Antrittsvorlesung am *Collège de France*, helfen bei der Entschlüsselung des Verfahrens (Rosanvillon 1995 und 2012; vgl. auch Guénard 2015). Zudem verlangt die Syntheseleistung Rosanvillons den Rezipienten ab, zahlreiche historische Beispiele, klassische Texte aus der Geschichte des politischen Denkens und aktuelle, auch empirische Forschungen stets in Beziehung zu setzen und über Epochen- und Raumgrenzen jene Analogien nachzuerfolgen, die zugleich stets den Reiz seiner Arbeiten ausmachen.

4 Samuel Moyn bezieht sich dabei vor allem auf Bemühungen Mark Lillas, der Übersetzungen der Werke Rosanvillons angeregt hat. Er erinnert zugleich daran, dass weite Teile der Auseinandersetzung mit Rosanvillons Werk in den USA im Bereich der *History of Ideas* stattfinden (Moyn 2015: 65 f.).

5 Zu diesem Themenkomplex vgl. vor allem Rosanvillon (1998).

Vor dem Hintergrund dieser Bedingungen soll der vorliegende Aufsatz einen Beitrag zur hermeneutischen Erschließung des Begriffs der „Gegen-Demokratie“ leisten und zugleich die spezifische Perspektive Rosanvillons so ausleuchten, dass sich auch die Grenzen des Begriffs deutlicher benennen lassen. Inwiefern lässt sich Rosanvillons Begriff für die Debatte um das komplexe Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und Mandatsträger und Eliten andererseits fruchtbar machen? Hierzu werde ich auf Rosanvillons Ausgangsdiagnose eingehen und seine spezifische Sicht auf die Krise der repräsentativen Demokratie referieren (2.). In einem nächsten Schritt werde ich die drei nach Rosanvillon entscheidenden Dimensionen der „Gegen-Demokratie“ nachzeichnen (3.) und vierens mit John Keanes Begriff der „monitory democracy“ vergleichen (4.). Fünftens gilt es, die aus ihnen resultierende Theorie des Populismus zu diskutieren und ihre Implikationen zu benennen (5.). Ein sechster Abschnitt wird dann Rosanvillons Ansatz als einen Versuch deuten, *das Politische* als *organisierbaren* Prozess zu denken. Seine Theorie der „Gegen-Demokratie“ wird so als ein Versuch lesbar, den in konkurrierenden Theorien oft *unvermittelt* bleibenden Gegensatz zwischen „der Politik“ und „dem Politischen“ durch Vermittlungsinstanzen produktiv werden zu lassen (6.). Der Ausblick wirft dann die Frage auf, ob und inwiefern Rosanvillons Konzeptionen auch außerhalb der spezifisch französischen, vom Republikanismus geprägten Strukturen hilfreich sind. Könnte es sein, dass die „Gegen-Demokratie“ nicht auf die Krise der repräsentativen Demokratie antwortet, sondern die – nicht durch Rosanvillon selbst, aber durch andere Akteure betriebene – Glorifizierung gegen-demokratischer Praktiken diese Krise auch mitverursacht hat? Dann wären die Formen der Gegen-Demokratie durchaus noch zweifelhafter als sie Rosanvillon darstellt. Vor allem würde die Frage nach der *Organisation des Politischen* in der Gegen-Demokratie stärkere Aufmerksamkeit beanspruchen müssen: Damit würde sich der Akzent auf die institutionelle Ausgestaltung der zivilgesellschaftlichen Strukturen, der „*corps intermédiaires*“, beispielsweise der politischen Parteien verschieben (7.).

2. Die Frage, auf die der Begriff der „Gegen-Demokratie“ antwortet

Pierre Rosanvillon beginnt seine Monographie mit einer breit angelegten und zugleich sehr dicht formulierten Gegenwartsdiagnose, die das Verhältnis von Demokratie und Misstrauen verhandelt. Ausgangspunkt dieser Argumentation ist die, so Rosanvillon, „weithin anerkannte Tatsache“ (CD: 9), dass sich die Demokratien allesamt in einer Krise, ja „malaise“ (CD: 9) befänden.⁶ Analysen dieser Krise gebe es in beinahe zahllosen Varianten; in vielen Fällen werde jedoch lediglich das Idealbild einer perfekten Demokratie gegen eine defizitäre Wirklichkeit ausgespielt. In der Tat sei nicht nur ein wachsender Graben zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu beobachten. Es scheine ganz allgemein so, als könne die Demokratie ihre Versprechen nicht halten, weshalb sich beispielsweise in Mittel- und Osteuropa immer mehr Bürgerinnen und Bürger von der Politik insgesamt verabschiedeten. Sinkende Wahlbeteiligungen und das nachlassende Engagement in politischen Parteien seien hierfür nur die deutlichsten Indikatoren.

6 Der Begriff „malaise“ kann hier als Übersetzung des Freudschen Terminus des Unbehagens gelesen werden. Wie das Unbehagen in der Kultur ist auch das Unbehagen in der Demokratie erklärbar, aber nicht überwindbar. Vgl. auch Rosanvillon (1998: 9–22).

Statt nun in den Chor der Verfallsdiagnostiker einzustimmen (die in Frankreich durch besonders auflagenstarke Bestseller in der Öffentlichkeit präsent sind), will Rosanvallon jedoch „andere Zugänge“ (*autres pistes*, CD: 10) wählen, um die Krise der Gegenwart verständlich zu machen. Diese andere Perspektive beginnt mit einer Dekonstruktion des „Mythos vom passiven Bürger“. Von unpolitischen oder nur passiven Bürgerinnen und Bürgern könne keine Rede sein. Die politische Beteiligung des *demos* suche sich lediglich andere Kanäle und Medien. Die erste Pointe, die Rosanvallon dabei setzt, besteht in der Behauptung, dass Demokratie und Krise, „Versprechen“ und „Probleme“, immer Hand in Hand gingen. Gerade weil die Demokratie große Erwartungen wecke, sei Enttäuschung eine nicht seltene, ja in Maßen geradezu erwartbare Reaktion. Ähnlich wie Christoph Möllers, der in einem breit rezipierten Bändchen *Versprechungen und Zumutungen* der Demokratie in Beziehung setzte (Möllers 2008), widerspricht auch Rosanvallon dem oft undifferenzierten Verdacht, früher sei alles unbestimmt „besser“ oder „demokratischer“ gewesen. Im Gegenteil: Alle bisherigen Formen der Demokratie seien, so Rosanvallon, zu einem bestimmten Grade „unvollendet“ (CD: 10) geblieben. Immer schon habe es daher „Reaktionen der Gesellschaft auf die ursprünglichen Dysfunktionen des repräsentativen Regierungssystems“ (CD: 10) gegeben.

Die Geschichte der Demokratie sei daher nur unzureichend rekonstruiert, würde man all die Formen der sozialen und meist informellen Gegenmacht ausklammern, „*die dazu dienen, die Erosion des Vertrauens durch eine Organisation des Misstrauens zu kompensieren*“ (CD: 12, im Original kursiv). Die Diagnose der Krise verliert folglich an Dramatik, wenn man sich klarmacht, dass immer schon Formen der Gegenmacht ins Werk gesetzt wurden, um dem Misstrauen der Bürger gegenüber der staatlichen Autorität eine Form zu verleihen und ein Forum zu bieten. James Madison und Benjamin Constant dienen ihm als klassische Beispiele für ein demokratisches Denken, dass gerade in der Schwäche der Regierung und der Institutionalisierung des Verdachts der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Regierenden den demokratischen Charakter politischer Ordnungen erkannte. Vor allem in der liberalen Tradition politischen Denkens sind immer schon Argumente, Mechanismen und Verfahren entwickelt worden, um eine unbeherrschbar werdende Volkssouveränität wieder einzugrenzen, zu kontrollieren und zu beaufsichtigen.

All diese Praktiken und Institutionen will Rosanvallon unter dem Titel der „Gegen-Demokratie“ rekonstruieren. Zur Konturierung dieses Begriffs (eine Definition im strengen Sinne finden wir nicht) fährt er fort:

„Diese Gegen-Demokratie ist keineswegs das Gegenteil der Demokratie; es handelt sich vielmehr um eine Form von Demokratie, die der anderen entgegenarbeitet, um die Demokratie der in der Gesellschaft verstreuten und indirekten Kräfte, um die Demokratie des Misstrauens, die der Demokratie, die sich durch Wahlen legitimiert, entgegensteht. Diese Gegen-Demokratie bildet ein System mit den legalen demokratischen Institutionen. Sie zielt darauf, ihre Wirkungen zu verlängern oder zu erweitern; sie bildet zugleich eine Gegenkraft. Sie muss, um als solche verstanden und analysiert werden zu können, als echte *politische Form* betrachtet werden. Um ihre Charakterisierung und Bewertung geht es in der vorliegenden Arbeit“ (CD: 16, Hervorhebung im Original).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Rosanvallon die Unterscheidung von Demokratie und Gegen-Demokratie als *kategoriale* Differenz geradezu logisch herleitet. Demokratische Willensbildung kann affirmierend erfolgen, wenn bestimmte Präferenzen geäußert werden, oder aber sie kann gegen-demokratisch als Negation erfolgen. Entsprechend unterscheidet Rosanvallon auch zwei Arten der Ausübung von Souveränität: Im „Schatten der ‚positiven Souveränität‘“, die sich primär in Wahlen und Abstimmungen Ausdruck

verschaffe, sei eine Art „negative soziale Souveränität“ (CD: 21) entstanden. Gemeint ist damit zunächst ganz einfach eine Form der Volkssouveränität, die sich durch Negation, Ablehnung, Einspruch ausdrückt. Rosanvallon scheint hier ganz klar die Vorstellung einer „abstrakten Negation“ im Sinne Hegels vor Augen zu haben: Das Nein-Sagen einer Menge kann in einem unbestimmten „So nicht!“ bestehen; es muss nicht als solches bereits positive Vorschläge beinhalten, eine schlüssige Agenda entwickeln, ein konsistentes *policy*-Paket formulieren. Schlüssig und zugleich wenig überraschend ist dann auch die These, dass sich „negative Koalitionen“ viel leichter organisieren lassen als „positive Mehrheiten“ (CD: 21).⁷

Der *Modus* der Äußerung hat aber Rückwirkungen auf das *Subjekt* der Äußerung: Das Subjekt der Gegen-Demokratie ist eine andere, heterogene, ephemere Art von *demos*. Der Grenzbegriff dieser Entwicklung kann nach Rosanvallon auch als „un *peuple-veto*“, als eine Art „Veto-Demos“ bezeichnet werden (CD: 22). Den entscheidenden Motor der politischen Willensbildung stellt dann nicht mehr das positive Votum der Wahlen dar, sondern eine nicht abreißende Kette von negativen Einsprüchen durch die Bürgerinnen und Bürger, auf die die Repräsentanten reagieren müssen. Da sich der *Veto-demos* aber immer spontan und in neuen Koalitionen formieren kann, wird es für die Eliten schwieriger, entsprechende Reaktionen zu antizipieren. Die Utopie-, ja Planlosigkeit der politischen Eliten ergibt sich aus dieser Sicht aus der Heterogenität der Ansprüche, denen sie zu genügen versuchen.

Nun ragt in der zitierten Passage jedoch der von Rosanvallon selbst kursiv gesetzte Begriff der *Form* hervor. Ganz offenbar besteht in dieser Akzentuierung eine implizite Abgrenzung zu Foucault. Während Foucault in seinem im deutschsprachigen Raum geradezu legendär gewordenen Text „Was ist Kritik?“ die Unbestimmtheit, ja Formlosigkeit des Einspruchs gegen Gouvernamentalitäten akzentuierte (Foucault 1992),⁸ will Rosanvallon zeigen, dass auch die vermeintlich abstrakte Negation schon das Potenzial zur Formgebung und Positivierung enthält, ja enthalten *muss*. Die Gegen-Demokratie, um die es Rosanvallon geht, ist bereits formsuchender Einspruch, der sich in Verfassungen, Organisationen (wie Gewerkschaften) oder Gerichten zur Substanz verhärtet. Die drei zentralen Dimensionen dieser Formgebung gegen-demokratischer Impulse soll im Folgenden kurz nachgezeichnet werden.

3. Die „Gegen-Demokratie“: Überwachen, verhindern, verklagen

a) *Überwachen – die Sichtbarkeit der Repräsentanten*: Die Nähe zu Foucaultschen Begriffen bei gleichzeitiger Verschiebung der Akzente, zeigt sich besonders deutlich in Rosanvallons Analyse moderner Praktiken der Überwachung. Zwar werden Foucaults Arbeiten als bahnbrechend gelobt (CD: 37); zugleich bemüht sich Rosanvallon jedoch zu zeigen, dass Foucault die eigentliche Pointe moderner Überwachungsapparate verfehlt habe. Im Gegensatz zu dem durch Foucault berühmt gemachten Paradigma des Bentham'schen Panoptikums, bei dem ein Zentrum eine Peripherie überwacht, habe sich die Richtung des Herrschaftsblickes, so Rosanvallon, längst umgekehrt. Es sind die Repräsentanten, die

7 Amartya Sen hat dies am Beispiel der Abschaffung der Sklaverei demonstriert und eine ganze Theorie politischer Gerechtigkeit aus den Vorteilen der bestimmten Negation entwickelt (vgl. Sen 2008).

8 Vgl. zur abstrakten Negation im Moment einer Krise der Gouvernamentalität auch Monod (2011).

Delegierten und PolitikerInnen, die heute auf nie dagewesene Weise unter Dauerbeobachtung stehen und sich von Handy-Kameras umstellt durch ein Panoptikum bewegen, in dem jeder Fehltritt dokumentiert wird und skandalisiert werden kann.

Diese Tendenz beginnt nach Rosanvillons historischer Rekonstruktion bereits Mitte des achtzehnten Jahrhunderts: Demokratie heißt immer schon *accountability* im Sinne einer Rechtfertigungspflicht. Die Überwachung der Macht durch die Bürgerinnen und Bürger hat folglich eine lange Geschichte. Die Möglichkeiten erweitern sich aber im zwanzigsten Jahrhundert technisch. Die kritische Öffentlichkeit kann potenziell Jede und Jeden ins Visier nehmen. Und oft ist es – in dieser Hinsicht folgt Rosanvillon nun wiederum Foucault – die Antizipation der Reaktionen, die Internalisierung der Ansprüche, die das Verhalten steuert. Aus dieser Perspektive könnte man die „langue de bois“, die oft weltferne, durch „wordings“ vorbereitete Sprechweise von Repräsentanten auch als Reaktion von Opfern der Überwachung deuten: Hier versuchen Überwachte das Wohlwollen von Überwachern zu erwirken.

Rosanvillon interessieren indes nicht primär die – in seiner Terminologie – „pathologischen“ Extremformen einer Überwachung der Repräsentanten durch die BürgerInnen. Vielmehr geht es ihm darum zu zeigen, dass ein gesundes Misstrauen notwendig ist, um die Responsivität von politischen Eliten zu erzwingen. Das Misstrauen, das sich in der Gegen-Demokratie ausdrückt, ist aus dieser Perspektive nur das natürliche und notwendige Gegengewicht zu einem Vertrauen, das sich in Wahlen ausdrückt.

Dreh- und Angelpunkt dieses „Überwachens“ ist natürlich die kritische Öffentlichkeit – und in dieser Hinsicht ergibt sich eine große Nähe zu den demokratietheoretischen Schriften von Jürgen Habermas. Denn auch für Habermas ist ja entscheidend, dass die verschiedenen Sphären der Öffentlichkeit, der private und halbprivate Raum von „lebensweltlicher“ Kommunikation, der genuin öffentliche und daher bereits informell gefilterte Raum von Presse, Funk und Fernsehen, und drittens die institutionalisierte eindeutig gerahmte Öffentlichkeit von Parlamenten und Gerichten durch eine je spezifische Formgebung strukturiert werden (vgl. Habermas 1992). Auf Rosanvillons Vorschläge zur Organisation der politischen „Überwachung“ wird daher zurückzukommen sein.

b) Verhindern – Einspruchsrechte der Zivilgesellschaft: Die zweite Dimension gegen-demokratischer Praxis stellt nach Rosanvillon das Verhindern (*empêcher*) dar. Das Streikrecht spielt für Rosanvillon in diesem Kontext eine herausragende Rolle, nicht zuletzt weil in Frankreich die großen Streiks seit jeher ein Mittel waren, um Reformen zu verhindern und der Politik von Repräsentanten mit einem Veto zu begegnen.

Im Falle des „Verhinderns“ kommen nun die eingangs erwähnten Vorteile der abstrakten Negation voll zum Tragen, denn wer verhindert, muss nicht notwendig eine Alternative bieten. Fraglich bleibt allerdings ob Rosanvillons Diagnose einer tendenziellen Zunahme dieser politischen Praxis zutreffend ist.⁹

Die Formgebung, die Institutionalisierung von Praktiken der Verhinderung scheint beinahe die Voraussetzung ihres Erfolgs zu sein: Stark sind im politischen Prozess diejenigen Veto-Spieler, die für sich beanspruchen können, mehr als spontane Gruppen von

9 Gemeint sind damit Formulierungen wie folgende: „Wir sind in ein Zeitalter unauflöslicher Schwäche und Negativität des Politischen eingetreten“ („Nous sommes entrés dans un âge indissociablement faible et négatif du politique“) (CD: 191). Gilt das beispielsweise auch für Obama, der eine allgemeine Krankheitsversicherung versprach und sie durchsetzte? „Wir“ ist ein für PolitikwissenschaftlerInnen problematisches Wort, pauschale Urteile über „Zeitalter“ (âges) sind gewagt.

Opponenten zu sein: Verfassungsgerichte, Gewerkschaften etc., die zeigen nicht zuletzt die Analysen von verschiedenen Veto-Spielern durch George Tsebelis (Tsebelis 2002).

c) *Verklagen und verurteilen – das anklagende Volk*: Am stärksten gegen bisherige terminologische Üblichkeiten widerstrebt vermutlich die dritte von Rosanvallon identifizierte Dimension gegen-demokratischen Handelns, die er mit „juger“ und „le peuple-juge“ bezeichnet. Letztlich geht es in diesem Zusammenhang um all jene Widerspruchs-, Klage-, Amtsenthebungs- und Verurteilungsmöglichkeiten, die Rechtssysteme auch als *bottom-up*-Prozesse ermöglichen. In deutschen Ohren wecken all zu direkte Übersetzungen abwegige Assoziationen: „Volksgeschichtshöfe“ wären wohl die extremste Form einer pathologisch gewordenen Gegen-Demokratie, die in dieser Dimension vielmehr „das Volk als Richter“ zu denken versucht.

Doch selbst wenn man die sprachlichen Besonderheiten in Rechnung stellt, die das Französische hier durch die Differenz in der Semantik von *peuple* und *Volk* aufweist, bleibt Rosanvallons Rekonstruktion überraschend. Ausgehend vom antiken Griechenland, wo, wie Rosanvallon mit Verweis auf Aristoteles in Erinnerung ruft, der mündige Bürger immer schon zugleich Wähler und Richter war (CD: 199 ff.), zeichnet er nach, wie über das *impeachment*, den *recall* in England und in den USA allerorten Widerspruchsrechte eingerichtet wurden, die es erlauben, gegen Repräsentanten, Amtsträger oder einzelne Verwaltungsakte Einspruch zu erheben. Auch das deutsche Widerspruchsrecht wäre hier ein naheliegenderes Beispiel: Betroffene können grundsätzlich gegen jeden Verwaltungsakt Widerspruch einlegen. Erstaunlich an Rosanvallons Rekonstruktion ist vor allem, dass diese Strukturen des Rechts als nachträgliche Kompensationen gezeichnet werden, die dazu dienen sollen, die demokratische Souveränität wieder einzuhegen.¹⁰ Ist nicht umgekehrt das Recht das entscheidende Medium einer allmählichen Emanzipation des Bürgertums gegenüber dem Adel gewesen, noch bevor die Idee der Volkssouveränität Gestalt annahm? Widerspruchsrechte gegen die Obrigkeiten scheinen doch älter zu sein als die Idee oder gar Wirklichkeit der Volkssouveränität, die auf Vertrauensbasis an Eliten delegiert wird.

Rosanvallon geht jedoch noch weiter. Er beobachtet die Entstehung einer versteckten zweiten Rechtsquelle in Räten, Jürs und Kommissionen. Die „Schattengesetzgeber“ („*législateur de l'ombre*“) operieren an der durch Wahlen gespeisten Legitimationskette vorbei. Ein wichtiges Beispiel hierfür stellt die ACLU dar, die wohl bedeutendste amerikanische Menschenrechtsorganisation, die hunderte Anwälte beschäftigt und durch das Rechtssystem beständigen Druck auf die politischen Repräsentanten ausübt (CD: 227 ff.). Dass über analoge Lobby-Organisationen gegenläufige Formen juristisch artikulierter Einflussnahme möglich sind, ist unstrittig, wird aber von Rosanvallon nicht ausführlich diskutiert. Könnte man nicht auch eine Geschichte der „Gegen-Demokratie“ schreiben, die diese als Versuch von Eliten deutet, die durch allgemeine Wahlen erfolgende Willensbildung durch Interventionen zu verhindern oder in ihren Spielräumen zu minimieren? Durch die Wahl der Beispiele insinuiert Rosanvallon, dass es sich bei der „Gegen-Demokratie“ in der Regel um Prozesse handelt, in der die Subalternen zu Wort kommen. Doch Klagefreudigkeit ist keineswegs das Privileg der Unterdrückten.

10 Die eingangs zitierte Passage lautet im Original: „[...] contre-pouvoirs [...] destinés à compenser l'érosion de la confiance par une organisation de la défiance“ (CD: 12, Hervorhebung im Original). Aus liberaler Sicht ist „Gegen-Demokratie“ viel mehr als bloße Kompensation.

Diese Ambivalenz der gegen-demokratischen Praktiken tritt spätestens dort allzu deutlich zu Tage, wo Rosanvallon nicht nur von aktiven Bürgerinnen und Bürgern spricht, die ihre Rechte über Ombudspersonen, Petitionsausschüsse, Verwaltungsgerichte, Verfassungsgerichte oder den EuGH einklagen. Vielmehr legt seine Analyse den Eindruck nahe, dass die Verrechtlichung der Politik zugleich eine Politisierung des Rechts zufolge hat – mit negativen Konsequenzen für beide Funktionssysteme. Nicht nur drohen die Gerichte zur Bühne theatralischer Inszenierungen zu werden (CD: 240); vielmehr verschwimmen die Differenzen zwischen dem Wahlakt und dem Urteilsakt in Rosanvallons Darstellung. Untersuchungsausschüsse mögen die Strafprozessordnung in Teilen imitieren, Anklage- und Verhörsituationen nachahmen, aber letztlich bleiben sie politische Verfahren, die nur vermittelt juristische Konsequenzen entfalten: Haftstrafen können hier nicht ausgesprochen, bestenfalls Rücktritte erzwungen werden. Zwar mag die Opposition die Regierung symbolisch anklagen – aber ein „letztes Wort“ oder gar ein letztinstanzliches Urteil kann sie eben gerade nicht sprechen. Insofern ist Rosanvallons Erinnerung an die Analogie von Wahlakt und Rechtsurteil zwar erhellend, aber zugleich nur beschränkt gültig: „Urteilen“ – „jüger“ bleibt ein Akt, der nicht wie die Wahl durch das allgemeine Wahlrecht universalisierbar und damit demokratisierbar ist. Gerade an dieser dritten Dimension des „Urteilens“ wird daher deutlich wie stark gegen-demokratische Praktiken in vielen Fällen von Partizipationseliten wie beispielsweise Bürgerrechtsanwälten getragen sind.

4. Vertrauen und Misstrauen in der „Gegen-Demokratie“ und der „monitory democracy“ (John Keane)

Rosanvallons Analyse der Gegen-Demokratie lässt sich noch genauer verstehen, wenn man sie in den Rahmen der langen Debatte über das Verhältnis von Vertrauen, bzw. Misstrauen und Demokratie einordnet.¹¹ Piotr Sztompka hat auf eine in diesem Zusammenhang bedeutsame Spannung hingewiesen, die das Verhältnis von Demokratie, ihren Institutionen und dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürgern auszeichnet. Zum einen müssen demokratische Institutionen immer auch die Möglichkeit eröffnen, das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger zu artikulieren und durch Prüfmöglichkeiten einem Realitätstest zu unterziehen: „people are more prepared to trust institutions and other people if the social organization in which they operate insures them against potential breaches of trust“ (Sztompka 1999: 143). Zumindest gewisse Formen der kontrollierenden Gegen-Demokratie könnten daher auch zur Steigerung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Eliten beitragen. Doch Sztompka unterscheidet zugleich zwischen der *Möglichkeit* ihrer Durchführung und ihrer *tatsächlichen* Durchführung: Vertrauen steigern gegen-demokratische Kontrollverfahren nur, wenn sie nicht allzu oft zur Anwendung kommen, wenn also bereits ihre Möglichkeit als disziplinierend und kontrollierend erlebt wird.¹² Um zu verdeutlichen, wie Rosanvallon mit dieser Ambivalenz umgeht, bietet sich ein kurzer Vergleich zu John Keanes Begriff der „monitory democracy“ an.

11 Gary S. Schaal hat zu Recht drauf hingewiesen, dass diese Debatte größtenteils in der Soziologie (Simmel, Durkheim, Luhmann etc.), weniger in der Politikwissenschaft selbst geführt wurde (vgl. Schaal 2004: 17–74).

12 „Democratic principles institutionalize distrust because they assume that trust can potentially be breached and provide correctives for such a contingency. The fact that the principles are put to use, that the correc-

Keane hatte die Idee der „monitory democracy“ zunächst im Rahmen seiner Monographie *The Life and Death of Democracy* (2009) entwickelt und 2011 in einem Aufsatz weitergeführt. Ein kurzer Vergleich der beiden Konzepte soll dazu beitragen, die Konturen der Gegen-Demokratie deutlicher hervortreten zu lassen. Da sich Keane – wenn auch nur beiläufig – auf Rosanvallon bezieht (Keane 2011: 216), mag es zunächst so scheinen, als bestehe kaum ein Unterschied zwischen den beiden Begriffen, zumal auch bei Keane eher eine Charakterisierung und keine strenge Definition vorgenommen wird: „Monitory democracy is the age of surveys, focus groups, deliberative polling, online petitions and audience and customer voting“ (Keane 2011: 214; vgl. auch Keane 2009: xxvii f.).

Bezogen auf die These einer Zunahme entsprechender Kontroll- und Widerspruchsmöglichkeiten, scheint zwischen Pierre Rosanvallon und John Keane Konsens zu bestehen. Eine *erste* wichtige Differenz der beiden Perspektiven betrifft jedoch die historische Verortung: Während Rosanvallon immer wieder betont, dass die Gegen-Demokratie gewissermaßen „immer schon“ eine Dimension der Demokratie darstellte, weil sie eine geradezu logisch notwendige Ergänzung von Input-Legitimation darstellt, sieht Keane den Aufstieg der *monitory democracy* erst nach 1945 beginnen (Keane 2009: xxvii; Keane 2011: 213). Da Keane explizit sowohl zivilgesellschaftlich organisierten Input in den politischen Prozess als auch Widerspruch gegen *policy throughputs* als Dimensionen der *monitory democracy* fasst (Keane 2011: 215), fallen, wie er selbst einräumt, eigentlich alle zivilgesellschaftlichen Versuche der politischen Einflussnahme außerhalb von Wahlen unter den Begriff.

Damit geht *zweitens* ein Phänomen einher, das bei Rosanvallon nicht systematisch thematisiert wird. Während die klassische repräsentative Demokratie zumindest scheinbar klare geographische Grenzen kannte (Keane 2011: 217), bildet die *monitory democracy* ein Netzwerk, in dem die nationalstaatlichen Grenzen nur eine Dimension unter vielen anderen darstellen. *Monitory democracy* lässt sich auch von außen in Nationalstaaten hineinragen, durch Stiftungen, Agenten, zivilgesellschaftliche Akteure von außen inszenieren und instrumentalisieren (Keane 2009: 695 f.). Rosanvallon scheint indes die de-territorialisierende Wirkung von Gegen-Demokratie nicht für bedeutsam zu halten; seine Beispiele verweisen in der Regel auf Strukturen und Verfahren in Nationalstaaten oder auf wohldefinierte politische Einheiten wie die EU.

Eine *dritte* zentrale Differenz ergibt sich in der Art und Weise, wie die beiden Autoren das Verhältnis von Gegen-Demokratie, *monitory democracy* und neuen Medien konzipieren. Bereits die divergierende historische These macht deutlich, dass aus Rosanvillons Perspektive die gegen-demokratischen Intuitionen und Impulse der Bürger zwar Medien ihrer Umsetzung nötig machen und diese eventuell selbst hervorbringen oder verstärken. John Keane indes sieht in ihnen nicht nur ein Mittel der Umsetzung von *monitory democracy*, sondern so etwas wie einen eigenständigen Faktor bei ihrer Entstehung: Die Medien der *monitory democracy* bringen diese in Form einer „communicative abundance“ (Keane 2009: 736) im selben Maße hervor, wie auf Märkten ein neues Angebot neue Nachfrage generieren kann (Keane 2011: 229).¹³ Für Keane folgt aus dieser medien-

tive mechanisms are activated, controls actually applied, indicates that trust had in fact been breached. As long as this happens sporadically, exceptionally, as a last resort, the culture of trust is not undermined, but rather enhanced by the confirmation of effective accountability. But there is some threshold where this may backfire and the trend reverses itself“ (Sztompka 1999: 145 f.).

13 Hier ergibt sich folglich eine gewisse Nähe zu den genuin medientheoretischen Demokratietheorien, die einen notwendigen Zusammenhang zwischen Verbreitungsmedien (Sprache, Schrift, Buchdruck, Mas-

theoretischen Argumentation aber auch, dass die Ungleichheiten bei der medialen Kompetenz und der technischen Ausstattung de facto das Gleichheitsversprechen der *monitory democracy* ad absurdum führen: Es sind eben meist Kommunikations- und Beteiligungseliten, die in der *monitory democracy* die egalisierende Wirkung von Wahlen umgehen.

Diese Differenz der Perspektivierung führt denn auch dazu, dass beide Autoren das von Sztompka thematisierte Paradox auf je verschiedene Arten entfalten. Beiden Diagnosen liegt die identische Struktur zu Grunde, nämlich eine Art Rückwirkung auf ein gesetztes Ziel durch die übertriebene Einsetzung von Mitteln zu dessen Erreichung. Kontrolle soll Vertrauen ermöglichen; ist aber zu viel Kontrolle nötig, wird Vertrauen gerade zerstört. Bei Keane erscheint diese Gedankenfigur bezogen auf politische Kommunikation insgesamt: Zu viel politische Informationen treibt die Bürgerinnen und Bürger, so Keane, in die Indifferenz und Apathie, in eine „wilfull ignorance“ (Keane 2009: 747).¹⁴ In Rosanvillons Analyse zeitigt die „Überdosierung“ gegen-demokratischer Verfahren und Haltungen indes einen Populismus, der die Identität zwischen Regierenden und Regierten herstellen will und so die Gegen-Demokratie unnötig zu machen glaubt. Diese Konzeption des Populismus gilt es genauer in den Blick zu nehmen.¹⁵

5. Populismus als pathologische Form der „Gegen-Demokratie“

Die bereits angedeuteten Ambivalenzen der gegen-demokratischen Praktiken und Institutionen werden von Rosanvallon ausführlich thematisiert und zu einer Theorie des Populismus verdichtet, den er als „Pathologie“ der Gegen-Demokratie deutet (CD: 257 ff.). Diese Pathologie nimmt ihren Anfang in einem gestörten Gleichgewicht zwischen Demokratie und Gegen-Demokratie: Der „negative Souverän“, also die negierende Politikblockade, kann den „positiven Souverän“, der sich in Wahlen und Abstimmungen ausdrückt, regelrecht ersetzen (CD: 257). Rosanvallon spricht in diesem Zusammenhang auch von einer politischen Konsumentenhaltung, einem „*consomérisme politique*“ (CD: 258): Bürgerinnen und Bürger verhalten sich immer fordernder gegenüber den politischen Repräsentanten, während diese ihr Handeln an der Maxime orientieren, den Bürgerinnen und Bürgern möglichst wenig Anlass für Einsprüche zu eröffnen und daher nur möglichst unstrittige Behauptungen und Entscheidungen treffen. Die *Überwachung* der Eliten durch die Zivilgesellschaft provoziert dann eine Art Nicht-Politik, die sich hinter dem Topos der Alternativlosigkeit verbirgt.

Dieser Kontext erklärt nach Rosanvallon auch den Aufstieg neuer *Governance*-Techniken und der entsprechenden *Governance*-Forschung. Verwaltung und Politik fusionieren hier zu einem undurchdringlichen Netz aus interagierenden Akteuren, Ebenen, Institutionen. Man kann bezweifeln, ob die Kontrastfolie, die Rosanvallon in diesem Kontext anlegt, die „früheren hierarchischen Systeme“ (*les systèmes hiérarchiques antérieurs*) (CD: 265) tatsächlich souveräne, transparente Formen zurechenbarer politischer

senmedien, Internet) und Regierungsformen (tribale Strukturen, Großreiche, Feudalsystem, Demokratie, „nächste Gesellschaft“) annehmen, wie es Dirk Baecker ausführlich entfaltet hat (vgl. Baecker 2007).

14 Zu den „diverses faces“ der „standby citizens“ vgl. auch Amna/Ekman (2013).

15 Beide Perspektiven ermöglichen jedoch eine Wiederentdeckung jener Vorteile, die freie, gleiche und geheime Wahlen bieten. Zumindest in diesem Punkt kongruieren Rosanvillons und Keanes Analysen. Zudem ließe sich argumentieren, dass politische Apathie (Keanes Befürchtung) und eiferndes populistisches Engagement (Rosanvillons Befürchtung) oft sprunghaft ineinander übergehen.

Macht darstellten. Mit Foucault ließe sich einwenden, dass auch in der juridischen Gouvernamentalität, die Vorstellung von souveräner Macht, vor allem eine systemnotwendige Fiktion, eine legitimierende Selbstbeschreibung, keine Abbildung der Realität darstellt. Zumindest das abstrakte Ideal von klarer *accountability* steht jedoch in einem deutlichen Widerspruch zur diffusen *Governance* in hochkomplexen Gesellschaften.¹⁶

In dieser Konstellation bildet nun die pathologisch werdende Gegen-Demokratie das Syndrom des Populismus aus: Das Zentrum der Macht wird als eine zu tiefst fremde, beinahe uneinnehmbare Festung imaginiert, der nur mit einer extremen Form der Gegen-Demokratie begegnet werden kann. Überwachung, Widerspruch und Verhinderung steigern sich dann bis zur Dekonstruktion von politischer Macht überhaupt. Die politischen Repräsentanten werden als Kriminelle betrachtet, die Unterscheidung von Freund und Feind strukturiert die populistische Rhetorik. Populistisches Denken kann dabei inhaltlich sehr unterschiedliche ideologische Ausrichtungen annehmen, nationalistisch, sozialistisch oder liberal gepolt sein. Nicht der ideologische Inhalt ist entscheidend, sondern die gegen-demokratische Form, so Rosanvallon.

Eine solche, *formelle* Definition des Populismus, die den Populismus als maßlos gewordene Gegen-Demokratie begreift, kann verständlich machen, wie die populistischen Strömungen mit dem Aufstieg gegen-demokratischer Praktiken zusammenhängen. Der Populismus ist dann verständlich als Reaktion auf die Krise der Repräsentation und den Prozess der Entpolitisierung bei gleichzeitiger Verweigerung einer produktiven, „positiven“ Input-Beteiligung. Damit wäre zugleich ein Kriterium zur Abgrenzung von Nationalismus und Populismus gegeben: Populistische Politik beschränkt sich nach Rosanvallon auf ein abstraktes Dagegen-Sein. Wo populistische Parteien in der Regierung gestaltend wirken, mögen sie zwar nationalistisch sein, können aber nicht mehr bloß populistisch agieren.

Nun scheint diese Unterscheidung auf den ersten Blick in der Tat sinnvoll zu sein: Populisten äußern meist ein abstraktes „So nicht!“. In der Regel bleibt es dabei aber nicht. Nationalistische Bewegungen wie der *Front national* in Frankreich mögen populistische Topoi bedienen, aber sie beschränken sich keineswegs auf eine bloße Politik der Verhinderung. Ist nicht womöglich der identitäre Repräsentationsbegriff ein passenderes Kriterium, um populistische Kommunikation zu identifizieren? Wo Repräsentanten von sich behaupten den Willen eines homogen imaginierten Volkes *verzerrungsfrei* zu repräsentieren, können sie sowohl „demokratisch“ (in Form von Input-Legitimation) oder „gegen-demokratisch“ (im Sinne einer nachträglichen Einflussnahme auf repräsentativ legitimierte *policies*) agieren.

Aus Rosanvallons Analyse des Populismus folgen denn auch nur vermittelt Handlungsoptionen. Denn die Grenze zwischen „gesunder“ (das wäre ein beinahe notwendiger Gegenbegriff zu „pathologischer“) Gegen-Demokratie und deren populistischer Übertreibung, lässt sich nicht mehr sauber ziehen. Wann genau wird die „Überwachung“ von Abgeordneten „pathologisch“? Wann genau wird die Vorstellung vom „peuple-juge“, vom „Volk als Richter“ populistisch? Es ist fraglich, ob Rosanvallons Unterscheidung hinreichend trennscharf ist, um hilfreich zu sein. Denn der entscheidende Unterschied liegt wohl eher darin, welche Assoziationen und Imaginationen mit Worten wie „Volk“ aufgerufen werden, wie politische Repräsentation gedacht und ob eine Unterscheidung von Freund und Feind als konstitutiv für die Politik gedacht wird. Diese populistischen Moti-

16 Weiter ausgebaut wird diese Argumentation in Rosanvallon (2015).

ve können aber in demokratischen und gegen-demokratischen Verfahren gleichermaßen ausgedrückt werden.

Rosanvallon selbst scheint gesehen zu haben, dass eine Charakterisierung des Populismus durch Bezugnahme auf den Begriff der Gegen-Demokratie schwierig bleibt. In einer ausführlicheren Äußerung zum Begriff des Populismus von 2011 charakterisiert er populistisches Denken durch drei simplifizierende Fehlschlüsse: identitärer *demos*-Begriff, undifferenzierte Vorstellung politischer Verfahren und Freund/Feind-Leitunterscheidung (Rosanvallon 2011: 6 ff.; im Anschluss daran auch Müller 2016).

6. Die „Gegen-Demokratie“ als Alternative zur Romantik des Dagegen-Seins

Viele Abgrenzungen zu konkurrierenden Demokratietheorien finden bei Rosanvallon durch Anspielungen und Andeutungen statt. Sein rekonstruktiver Ansatz ist erkennbar bemüht, alles Stützende und Brauchbare zu integrieren und zugleich alle konkurrierenden Theorien auszuklammern.¹⁷ Dennoch wird deutlich erkennbar, gegen welche Tendenz in der aktuellen politischen Debatte in Frankreich Rosanvallons Denken gerichtet ist: Sein Ansatz argumentiert nicht nur gegen einen naiven Repräsentationsbegriff, sondern auch gegen eine Romantik des Dagegen-Seins. Die Legitimation durch Repräsentation und Wahlen einerseits und die direkte Beteiligung von Bürgern sollen vielmehr ausgesöhnt, ein vermeintlicher Widerspruch zwischen beiden Legitimationsquellen als oberflächlich erwiesen werden. Wenn Rosanvallon betont, dass auch die Gegen-Demokratie Teil der Demokratie sei, so wendet sich diese Bemerkung gegen all jene sich selbst für radikal haltenden Kritiker des repräsentativen Systems, die glauben, die klassische Demokratie durch neue Formen der Bürgerbeteiligung nicht nur *ergänzen*, sondern *rundweg ersetzen* zu können. Analog zu Luhmanns Kritik an der paradoxen Lust am Dagegen-Sein (Luhmann 1996: 156), richtet sich auch Rosanvallons Begrifflichkeit gegen den Versuch, ein „Außen“ eines „Systems“ zu konstruieren und zugleich neue Formen von Demokratie als die „eigentlichen“ oder „ursprünglicheren“ zu behaupten. In diesem Sinne wendet sich Rosanvallons politisches Denken gegen eine politische Romantik, die mit einer unvermittelten Opposition zwischen einer angeblich bloß formalen, repräsentativen „Politik“ einerseits und einem ursprünglicheren, die Kategorien selbst hinterfragenden, agonalen „Politischen“ andererseits operiert.¹⁸

Um Rosanvallons Position zu konturieren, mag daher ein Vergleich mit Alain Badiou hilfreich sein. Badiou Unterscheidung zwischen bloßer Politik und politischem „Ereignis“ scheint geradezu idealtypisch zu umschreiben, was Rosanvallon als Kontrast vor Augen steht. Badiou unterscheidet bekanntlich streng zwischen Veränderungen, die tatsächlich die Regeln des Spiels ändern, dem berühmten „Ereignis“, und bloßen Reformen oder gar Pseudo-Ereignissen.¹⁹ „Die Politik“ wird hier zur bloßen Schwundstufe des „eigentli-

17 Hier ergeben sich methodische Fragen wie sie auch im Falle von Honneths „normativer Rekonstruktion“ auftreten.

18 Bei Rancière finden wir für diese Leitunterscheidung auch die Begriffe Polizei und Politik (vgl. Rancière 2002: 39 ff.). Zur Kritik an der Wiederaufnahme des „Politischen“ bei Autoren wie Rancière oder Badiou vgl. auch Habermas (2012: 238–256). Eine erhellende Differenzierung zwischen verschiedenen Varianten einer Rede von „dem Politischen“ (*le politique*) liefert Thomas Bedorf (Bedorf 2010).

19 Besonders prägnant vielleicht im Text „Ereignis und Gesetz: Die drei Negationen“ (vgl. Badiou 2008).

chen“ und tatsächlich revolutionären Politischen. Entsprechend werden alle Praktiken, die man in Rosanvillons Terminologie als „Gegen-Demokratie“ bezeichnen würde, entweder zu belanglosen Elementen des repräsentativen Systems – oder aber sie müssen als Versuche gedeutet werden, die Demokratie insgesamt ereignishaft zu transformieren. Rosanvillons Phänomenologie der Schwellenbereiche, der Verschränkungen von Politik und Politischem, veranschaulicht im Kontrast dazu, dass auch außergewöhnliche Spielzüge die Spielregeln verändern können, ohne als Ereignis von außen das Spiel als Ganzes umstürzen zu müssen.²⁰

7. Die Organisation des Politischen

Der Vorschlag, Rosanvillons Theorie der Gegen-Demokratie auch als eine Antwort auf gewisse radikal-demokratische Tendenzen in Frankreich lesbar zu machen, mag beinahe als eine implizite Kritik erscheinen. Implizite Kritiken sind jedoch nur dann fruchtbar, wenn sie auch explizit gemacht werden können und so ihre Plausibilität überprüft werden kann. Vor diesem Hintergrund sollen daher zwei Einwände formuliert werden, die nicht etwa dazu dienen, Rosanvillons Rekonstruktion als oberflächlich zu widerlegen oder ihr durch eine immer wohlfeile Forderung nach Differenzierung den Elan zu nehmen. Vielmehr wollen sie als Vorschlag verstanden werden, aus Rosanvillons Analysen andere Folgerungen und Forschungsprogramme zu entwickeln als Rosanvallon selbst. Dass sich mit Rosanvallon auch in andere Richtungen weiterarbeiten lässt als er selbst es unternimmt, spricht dann zugleich für die Fruchtbarkeit seiner Analysen.

a) *Eine französische Antwort – auf ein primär französisches Problem?* Rosanvallon selbst stellt gleich zu Beginn seiner Analyse fest, dass sehr viele Institutionen und Praktiken, die unter dem Titel der „Gegen-Demokratie“ zusammenfasst, schlicht zum klassischen Bestand der liberalen Demokratiekonzeption gehören. Könnte es am Ende sein, dass Rosanvillons Theorie der Gegen-Demokratie eine genuin französische Antwort auf eine Herausforderung darstellt, die sich in dieser Form vor allem in Frankreich stellt? Daran zu appellieren, neben der Volkssouveränität auch den Rechtsstaat und die pluralistische Öffentlichkeit sowie die wohlgeordneten „corps intermédiaires“ als notwendige Elemente der Demokratie zu betrachten, wäre dann primär im französischen Rezeptionskontext bedeutsam.²¹ Dann wäre seine Theorie der Gegen-Demokratie in anderen demokratischen Traditionen nur noch als analytisches Raster brauchbar, würde aber nur Prozesse benennen, die in strukturell liberal verfassten Demokratien ohnehin gängig und unstrittig sind.

Die Abwehrrechte und Einspruchsmöglichkeiten des Einzelnen, der sich gegenüber dem Staat auf das Recht berufen können muss, scheinen in der Tat schlicht Elemente der uralten liberalen Forderung nach einer *rule of law* zu gehören. Jürgen Habermas hat die wechselseitige Bezogenheit von Volkssouveränität und Rechtsstaat bekanntlich auf die

20 Den Anspruch, diese Prozesse sichtbar zu machen, formuliert Rosanvallon sehr klar in seiner Antrittsvorlesung am Collège de France. „Im Grunde ist es niemals einfach, das Erhabene vom Gewöhnlichen, die kleinen egoistischen Berechnungen von den großen Ambitionen, die eindringliche Sprache der Wahrheit von den Maschen der Verführung und Manipulation, die Berücksichtigung des Langfristigen von den Sachzwängen des Tagesgeschehens zu trennen“ (Rosanvallon 2012: 63). Genau mit diesem unvermittelten Gegensatz aber operiert Badiou. Zum Schema der „unvermittelten Gegensätze“ vgl. auch Heidenreich (2015).

21 Zur französischen Skepsis gegenüber liberalen Denkfiguren vgl. Rosanvallon (2001).

weithin akzeptierte Formel der „Gleichursprünglichkeit“ gebracht: Volkssouveränität ohne Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ist nicht demokratisch, sondern despotisch (Habermas 1994). Was in Rosanvillons französisch imprägnierter Terminologie als „Demokratie“ und „Gegendemokratie“ firmiert, wäre aus einer angelsächsischen Sicht einfach als Volkssouveränität einerseits und Rechtsstaat, pluralistische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft andererseits zu bezeichnen. „Gegen“ die Demokratie scheinen sich diese aber nur zu stellen, wenn man Demokratie zuvor in einem republikanischen Sinne auf die Idee der Volkssouveränität zurückführt. Nur wenn man von einer Situation ausgeht, in der – wie in Frankreich nach der Revolution – die Körperschaften der Zivilgesellschaft systematisch geschwächt und das Recht tendenziell als Medium der Durchsetzung des *volonté générale* gedacht wird, hat die Beschreibung der „Gegen-Demokratie“ den Charakter einer Entdeckung. Es scheint daher kein Zufall, dass Rosanvallon sehr viele seiner Beispiele aus dem stärker liberal geprägten angelsächsischen Raum aufruft (*impeachment, recall* etc.), wo das Misstrauen der Regierten gegenüber den Regierenden als selbstverständliche demokratische Grundhaltung betrachtet wird. Vor allem in der Monographie *Le modèle politique français* (2004) erläutert Rosanvallon selbst die Eigenheiten der französischen Entwicklung und rekonstruiert die jakobinisch motivierte Schwächung der *corps intermédiaires* in Frankreich, die nur langsam kompensiert werden kann, weil aus der formellen Rehabilitierung zivilgesellschaftlicher Körperschaften noch nicht ihre Legitimität in der politischen Kultur folgt (Rosanvallon 2004: 432).²²

Dass Rosanvallon eine spezifisch französische Antwort auf ein nicht nur französisches Problem formuliert, muss indes keinen Nachteil darstellen. Es könnte jedoch bedeuten, dass die Forschungsfrage noch einmal anders zu konkretisieren wäre. Nicht *dass* es gegen-demokratische Verfahren, Praktiken und Institutionen gibt wäre überraschend, sondern die Frage, *wie* ihre Formgebung im Einzelnen sinnvoll zu gestalten ist, wäre dann zu stellen. Das Gegensatzpaar Demokratie/Gegen-Demokratie wäre dann zum einen für den Systemvergleich heuristisch fruchtbar zu machen. Bereits bekannte Unterschiede könnten so in ein neues Licht rücken und als verschiedene Varianten der Gegen-Demokratie vergleichbar werden.

Ins Zentrum einer neo-republikanischen Debatte würde zudem die Diskussion darüber rücken, *durch welche juristischen Rahmensetzungen* jene Kanäle einer politischen Willensbildung zu organisieren sind, die Rosanvallon unter dem Begriff Gegen-Demokratie zusammenfasst. Aus dieser vom Neo-Institutionalismus geprägten Perspektive hätte Rosanvallon die richtigen Fragen aufgeworfen, in der Beantwortung jedoch zu früh abgebrochen. Am Beispiel der politischen Parteien soll dieser Einwand kurz konkretisiert werden.

b) Die Organisation des Politischen – in Parteien: Es ist überraschend, dass in Rosanvillons Analyse die politischen Parteien fast nicht vorkommen.²³ Dies ist umso erstaunlicher, als den politischen Parteien in der Debatte um die Krise der Demokratie immer wieder eine zentrale zugeordnet wird, ihre Responsivität untersucht (Petring 2015) und die Möglichkeit ihres Niedergangs diskutiert wird (Giebler/Lacewell/Regel/Werner 2015). Rosanvallon hatte 1998 in *Le peuple introuvable* noch eine ausführliche Genealogie der „Parteiendemokratie“ geliefert (Rosanvallon 1998: 173–217), die allerdings mit dem Aufweis der zunehmenden Schwierigkeiten endete, die sich für politische Parteien bei dem Ver-

22 Zu den möglichen methodischen Einwänden gegen Rosanvillons Verfahren vgl. auch Gaboriaux (2015).

23 Seltene Ausnahme: CD: 177 ff.. Auch darin besteht eine Analogie zu Honneth (vgl. Honneth 2011). Kritisch dazu Heidenreich (2014a).

such stellen, ihre Wähler und Anhänger zu „repräsentieren“. In den neueren Schriften gelten ihm die politischen Parteien ganz offenbar nur noch als klassische Strukturen des „repräsentativ-legalen“ Mechanismus. Dies ist insofern überraschend als ja gerade die politischen Parteien zahlreiche etablierte Verfahren aufweisen, die der Überwachung, dem Einspruch oder einer quasi-juridischen Anklage gleichkommen.²⁴ Ein naheliegendes Beispiel für die Formulierung von Präferenzen durch Negation in Parteien ist das Parteiauschlussverfahren. Aber auch Verfahren zur Überwachung von Abgeordneten – vor allem informeller Art – sind aus politischen Parteien sehr wohl bekannt.

Vor diesem Hintergrund würden sich gerade politische Parteien anbieten, um zu veranschaulichen, wie „Demokratie“ und „Gegen-Demokratie“, positive und negative Souveränität, immer schon miteinander verwoben sind. Sie stehen sich nicht in der Form von Institutionen gegenüber, sondern prallen innerhalb von Institutionen aufeinander. Politische Parteien formulieren positiv, welche Ziele sie anstreben, indem sie beispielsweise Wahlprogramme verabschieden. Dieselben Parteitage sind aber zugleich Orte der „Gegen-Demokratie“, weil Repräsentanten und Delegierte dazu gezwungen werden, sich zu rechtfertigen. Die *Überwachung* der (Partei-)Eliten ist hier durch die beständige Drohung einer möglichen Abwahl von Parteivorständen zu finden. Neue Formen der Beteiligung von Mitgliedern wie Befragungen, „Regionalkonferenzen“ oder die Urwahl von Spitzenkandidaten ergänzen das Spektrum von demokratischen und gegen-demokratischen Verfahren in Parteien.

Der Vergleich politischer Parteien in verschiedenen politischen Systemen macht zudem deutlich, wie groß das Spektrum rechtlicher Ausgestaltung ist. Von bloßen Mobilisierungsparteien in den USA bis zu den in die Krise geratenen „Volksparteien“ in Deutschland finden wir ein breites Spektrum, das je nach rechtlicher Rahmensetzung und je nach Wahlrecht stark variiert und verschiedene Funktionen erfüllt. So ließe sich argumentieren, dass gegen-demokratische Verfahren in amerikanischen Parteien nicht im selben Sinne notwendig sind wie in den Parteiensystemen Frankreichs oder Deutschlands, da in den USA andere Institutionen die Rolle der Gegen-Demokratie ausreichend stark spielen. Andererseits ließe sich aber auch der Verfall der *Republican Party* in den USA als ein Prozess deuten, in dem gegen-demokratische Bestrebungen eskalieren, weil sie bisher nicht ausreichend strukturiert und kanalisiert wurden. Rosanvillons Begriff des Populismus wäre dann auch auf eine innerparteiliche Machtübernahme anwendbar. Gerade am Beispiel der politischen Parteien zeigt sich, dass das Umkippen gegen-demokratischer Praxis in Populismus durchaus durch die Art der Formgebung erschwert werden kann.²⁵ Die Vorgaben bezüglich der innerparteilichen Demokratie können umfassender oder weniger umfassend und präzise sein. Der recht außergewöhnliche Fall des deutschen Parteiengesetzes ist hier im internationalen Vergleich von besonderem Interesse (vgl. auch Ipsen 2009). Formlosigkeit scheint eine populistische „Pathologie“ gegen-demokratischer Praktiken zu begünstigen. Das deutsche Parteiengesetz hat zweifelsohne einen Beitrag dazu geleistet, dass sich populistische Parteien, die nicht selten nach dem Vorbild eines Clans von einem „leader“ geleitet werden, bisher nicht fest etabliert werden konnten. In den Niederlanden indes kann Geert Wilder dem nationalen Parlament angehören und dabei als Vertreter einer Partei auftreten, die nur ein einziges Mitglied kennt: ihn selbst. In

24 Eine hilfreiche Darstellung der institutionellen Logik politischer Parteien liefert beispielsweise Klein/von Alemann/Spier (2011).

25 Zu Varianten und Wirkungen der Organisation von Parteien vgl. auch Siri (2012).

Frankreich wiederum erweckt der *Front national* den Eindruck, eine perfekte Synthese aus politischer Partei und Familienunternehmen darzustellen. Parteifunktionen und Familienbande werden hier (erklärtermaßen!) zu einem engmaschigen Netz verwoben. In all diesen Fällen wäre die Frage zu klären, welche Auswirkungen die jeweilige *Organisation des Politischen* für den demokratischen Prozess hat. Der Gegen-Demokratie einen klar zugewiesenen, aber auch klar beschränkten Raum zuzuordnen, scheint intuitiv die beste Strategie zu sein, um ihre populistische Ubiquitierung zu verhindern.

In diesem Kontext lohnt ein Blick in die neueren Publikationen Rosanvillons, vor allem in sein 2015 erschienenes Buch mit dem Titel *Le bon gouvernement*. Bereits im Einleitungskapitel erläutert Rosanvillon hier, warum er die klassischen politischen Parteien für unumkehrbar im Niedergang befindliche Gebilde hält (Rosanvillon 2015: 23–28). Zum Einen sei es der Individualismus, der die Mitgliederzahlen sinken lasse. Zum Anderen, so Rosanvillon, seien die politischen Parteien längst zur funktionalen Zuarbeit der Exekutiveebene verdammt und könnten sich daher dem Sog der „Präsidentialisierung“ der Politik nicht entziehen. Sie vollziehen vor allem *top-down*-Prozesse nach und gestalten kaum noch *bottom-up*-Prozesse, so seine These

Rosanvillons Skepsis gegenüber den politischen Parteien und seine unzureichende Präzision bezüglich der Möglichkeit einer juristischen Formgebung, einer *Organisation des Politischen* in den Parteien, stellt indes nur das augenfälligste Beispiel für einen ausstehenden Vergleich zwischen verschiedenen institutionellen Ausgestaltungen der Gegen-Demokratie dar. Der Bereich des politischen Lobbying – zweifelsohne eine bedeutende Sphäre der Gegen-Demokratie, in der professionelle Akteure alle Mittel der Überwachung und Verhinderung auffahren – wird von Rosanvillon nicht ausreichend nach verschiedenen Ausgestaltungen differenziert. Auch hier ist der Gestaltungsspielraum enorm.²⁶

Rosanvillon unterbreitet Vorschläge zur Wiederbelebung der Demokratie, die allesamt unter dem Organisationsgrad und den Demokratieansprüchen zurückbleiben, die zumindest das deutsche Parteiengesetz vorsieht. So schlägt er beispielsweise einen „Rat für die Funktionsfähigkeit der Demokratie“ (*Conseil du fonctionnement démocratique*) vor, der die Qualität politischer Kommunikation bewerten soll (Rosanvillon 2015: 385). Seine Formulierungen legen nahe, dass hier Institutionen wie die *Académie française* als Vorbild dienen („organisé sur une base collégiale“ (Rosanvillon 2015: 386)). Aber woher genau sollen diese „Räte“ ihre demokratische Legitimation beziehen? Letztlich drohen hier expertokratische Strukturen, die zwar oberflächlich als gegen-demokratische Formen der Elitenkontrolle erscheinen mögen, in Wirklichkeit aber nur Gegen-Eliten hervorbringen. Die Gefahr einer schleichenden Aushöhlung des demokratischen Anspruchs auf Gleichheit in der Beteiligung würde dann nur als neue Demokratieform kaschiert. Rosanvillons Vorschläge bleiben vor diesem Hintergrund wenig überzeugend.

Vielleicht wird an diesem Punkt eine methodische Herausforderung historischer Rekonstruktionen erkennbar: Um verschiedene institutionelle Settings zu bewerten, ist der synchrone Vergleich womöglich ebenso hilfreich wie der diachrone Rückblick auf die Genese der Institutionen. In diesem Sinne kann Rosanvillons Appell über die Organisation des Politischen nachzudenken nicht nur als Rehabilitierung der historischen Arbeit in der Politikwissenschaft verstanden werden. Sie impliziert auch die Notwendigkeit eines intensiven Austauschs mit der vergleichenden Politikwissenschaft, die über erfolgversprechende Ansätze in der Lobbyismus-Kontrolle, in der Parteiengesetzgebung, in der

26 Vgl. hierzu auch Heidenreich (2014b).

Verfassung von Stiftungen oder der Organisation von Bürgerbeteiligungen informieren kann. Ein realistischer Blick auf die Krise oder Erosion der Demokratie setzt dann einen intensiven Austausch zwischen Theorie und Empirie voraus. Eine Ausdifferenzierung zwischen jenen gegen-demokratischen Verfahren und Institutionen, die die Demokratie notwendig, sinnvoll und schützend ergänzen einerseits, und jenen Verfahren, die aufgrund institutioneller Schwächen zur Erosion der Demokratie beitragen, ist noch zu leisten.

Literatur

- Al-Matary, Sarah / Guénard, Florent, 2015 (Hg.): *La démocratie à l'oeuvre: Autour de Pierre Rosanvallon*, Paris.
- Alonso, Sonia / Keane, John / Merkel, Wolfgang, 2011 (Hg.): *Representative Democracy*, Cambridge.
- Amna, Erlin / Ekman, Joakim, 2013: *Standby citizens: diverse faces of political passivity*. In: *European Political Science Review*, 1/2013, 1–21.
- Badiou, Alain, 2008: *Ereignis und Gesetz: Die drei Negationen*. In: Henning Teschke / Gernot Kamecke (Hg.), *Ereignis und Institution*, Tübingen, 17–27.
- Baecker, Dirk, 2007: *Studien zur nächsten Gesellschaft*, Frankfurt (Main).
- Bedorf, Thomas, 2010: *Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz*. In: Thomas Bedorf / Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Frankfurt (Main), 13–37.
- Brodocz, André / Llanque, Marcus / Schaal, Gary S., 2008 (Hg.): *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden.
- Chatriot, Alain, 2015: *La représentativité des syndicats dans l'oeuvre de P.-. Rosanvallon*. In: Sarah Al-Matary / Florent Guénard (Hg.), *La démocratie à l'oeuvre: Autour de Pierre Rosanvallon*, Paris, 127–141.
- Dahlgren, Peter, 2012: *Social Media and Counter-Democracy: The Contingences of Participation*. In: *Proceedings of the 4th IFIP WG 8.5 International Conference, ePart 2012*, Kristiansand, Norway, September 3–5, 2012 Proceedings, 1–12.
- Della Porta, Donatella, 2012: *Critical Trust: Social Movements and Democracy in Times of Crisis*. In: *Cambio* 2(4), 33–43.
- Della Porta, Donatella, 2013: *Can Democracy Be Saved?*, Oxford.
- Diehl, Paula / Schulz, Daniel, 2012: *Was ist demokratische Legitimität? Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons*. In: *ZPTh* 2/2012, 287–297.
- Foucault, Michel, 1992: *Was ist Kritik?*, Berlin.
- Giebler, Heiko / Lacewell, Promise Onawa / Regel, Sven / Werner, Annika, 2015: *Niedergang oder Wandel? Parteytypen und die Krise der repräsentativen Demokratie*, in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden, 181–220.
- Guénard, Florent, 2015 : *Le système conceptuel de Pierre Rosanvallon*. In: Sarah Al-Matary / Florent Guénard (Hg.), *La démocratie à l'oeuvre: Autour de Pierre Rosanvallon*, Paris, 9–27.
- Gaboriaux, Cloé, 2015: *Faire l'histoire des corps intermédiaires en France. Quelques remarques sur le modèle politique français*. In: Sarah Al-Matary / Florent Guénard (Hg.), *La démocratie à l'oeuvre: Autour de Pierre Rosanvallon*, Paris, 113–126.
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1994: *Über den internen Zusammenhang zwischen Rechtsstaat und Demokratie*. In: Ulrich K. Preuß (Hg.), *Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt (Main), 83–94.
- Habermas, Jürgen, 2012: *Nachmetaphysisches Denken II: Aufsätze und Repliken*, Berlin.
- Heidenreich, Felix, 2014a: *Was politische Parteien sein könnten – Versuch einer normativen Rekonstruktion aus gegebenem Anlass*. In: Felix Heidenreich / Daniel Schulz / Didier Mineur (Hg.), *Die Bürger und ihr Staat in Deutschland und Frankreich / Les citoyens et leur État en France et en Allemagne*, Berlin, 55–63.

- Heidenreich, Felix, 2014b: Welche Idee der Republik für Frankreich und Europa? Neo-republikanische Theorien und ihre Implikationen. In: Stefan Seidendorf (Hg.), *Frankreich in der Krise: die Suche nach dem verlorenen Selbstverständnis*, Wiesbaden, 43–58. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-05566-0_4
- Heidenreich, Felix, 2015: Unvermittelte Gegensätze: Blumenbergs Analyse des gnostischen Denkens. In: Melanie Möller (Hg.), *Prometheus gibt nicht auf: Antike Welt und modernes Leben in Hans Blumenbergs Philosophie*, Paderborn, 141–153.
- Höffe, Otfried, 2009: *Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik*, München. <http://dx.doi.org/10.17104/9783406615252>
- Honneth, Axel, 2011: *Das Recht der Freiheit*, Berlin.
- Ipsen, Jörn, 2009 (Hg.): *40 Jahre Parteiengesetz: Symposium im Deutschen Bundestag*, Osnabrück.
- Keane, John, 2009: *The life and death of democracy*, London.
- Keane, John, 2011: *Monitory Democracy?* In: Sonia Alonso / John Keane / Wolfgang Merkel (Hg.), 2011: *Representative Democracy*, Cambridge, 212–235. <http://dx.doi.org/10.17104/9783406615252>
- Klein, Markus / von Alemann, Ulrich / Spier, Tim, 2011: *Warum brauchen Parteien Mitglieder?* In: Tim Spier et al. (Hg.), *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden, 19–30. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92900-2_2
- Luhmann, Niklas, 1996: *Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen*, hrsg. von Kai-Uwe Hellmann, Frankfurt (Main).
- Merkel, Wolfgang, 2004: *Embedded and Defective Democracies*. In: Aurel Croissant / Wolfgang Merkel (Hg.), *Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change* 11 (5), 33–58. <http://dx.doi.org/10.1080/13510340412331304598>
- Merkel, Wolfgang (Hg.), 2015a: *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang, 2015b: *Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?* In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden, 471–498.
- Möllers, Christoph, 2008: *Demokratie: Versprechen und Zumutungen*, Berlin.
- Monod, Jean-Claude, 2011: *Die Krisen der Gouvernementalität*. In: Felix Heidenreich (Hg.), *Technologien der Macht: Zu Michel Foucaults Staatsverständnis*, Baden-Baden, 97–109. <http://dx.doi.org/10.5771/9783845228068-97>
- Moyn, Samuel, 2015: „De l’eau à la rivière“? La réception anglo-américaine de P. Rosanvallon. In: Sarah Al-Matary / Florent Guénard (Hg.), *La démocratie à l’oeuvre: Autour de Pierre Rosanvallon*, Paris, 65–77.
- Müller, Jan-Werner, 2016: *Was ist Populismus?*, Berlin.
- Petring, Alexander, 2015: *Parteien, hört Ihr die Signale? Bevölkerungseinstellungen zur Ungleichheit und der Responsivität der Parteien*. In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden, 221–243.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Rosanvallon, Pierre, 1995: *Faire l’Histoire du politique – Entretien avec Pierre Rosanvallon*. In: *Esprit*, Bd. 209/2, 25–42.
- Rosanvallon, Pierre, 1998: *Le Peuple introuvable: Histoire de la représentation démocratique en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2001: *Fondements et problèmes de l’«illibéralisme» français* (Rede in der Académie des Sciences Morales et Politiques 2001). Abgerufen auf: <http://www.asmp.fr/travaux/communications/2001/rosanvallon.htm>.
- Rosanvallon, Pierre, 2004: *Le modèle politique français: La société civile contre le jacobinisme de 1789 à nos jours*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2006: *La contre-démocratie: La politique à l’âge de la défiance*, Paris. (= CD)
- Rosanvallon, Pierre, 2011: *Penser le populisme*. In: *La vie des idées* vom 27.9.2011. (http://www.laviedesidees.fr/IMG/pdf/20110927_populisme.pdf)
- Rosanvallon, Pierre, 2012: *Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen: Antrittsvorlesung am Collège de France vom 28. März 2002*. In: *Mittelweg* 36/6, 43–66.
- Rosanvallon, Pierre, 2013: *Demokratische Legitimität: Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Bonn.

- Rosanvallon, Pierre, 2015: *Le bon gouvernement*, Paris.
- Schaal, Gary S. 2004: *Vertrauen, Verfassung und Demokratie: Über den Einfluss konstitutioneller Prozesse und Prozeduren auf die Genese von Vertrauensbeziehungen in modernen Demokratien*, Wiesbaden.
- Schmitter, Phillippe C. / Porta, Donatella della / Warren, Mark E., 2010: *Democracy and Distrust. A Discussion of Counter-Democracy: Politics in an Age of Distrust*. In: *Perspectives on Politics* 8/3, 887–895. <http://dx.doi.org/10.1017/S1537592710001325>
- Schulz, Daniel, 2015: *Die Krise des Republikanismus*, Baden-Baden. <http://dx.doi.org/10.5771/9783845265421>
- Sen, Amartya, 2008: *Die Idee der Gerechtigkeit*, München.
- Siri, Jasmin, 2012: *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*, Wiesbaden.
- Sztompka, Piotr, 1999: *Trust – A Sociological Theory*, Cambridge.
- Tsebelis, George, 2002: *Veto Players – How Political Institutions Work*, Princeton, NJ.
- Weymans, Wim, 2004: *Pierre Rosanvallon und das Problem der Politischen Repräsentation*. In: Oliver Flügel / Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen – Demokratietheorie heute*, Darmstadt, 87–112.
- Weymans, Wim, 2006: *Freiheit durch politische Repräsentation – Lefort, Gauchet und Rosanvallon über die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft*. In: Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.), *Die unendliche Aufgabe: Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*, Bielefeld, 185–207. <http://dx.doi.org/10.14361/9783839403327-013>